

VEREINIGUNG DER KADER
DES BUNDES

EINLADUNG

zur 66. ordentlichen Mitgliederversammlung

Donnerstag, 7. Mai 2015, 17.15 Uhr,

im Hotel Bellevue-Palace, Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir freuen uns, Sie zur 66. ordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigung der Kader des Bundes einzuladen.

Vor dem geschäftlichen Teil der Mitgliederversammlung wird **Herr Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, über «Die Reform der Altersvorsorge – Altersvorsorge 2020» sprechen.**

Traktanden:

1. Geschäftsbericht 2014
2. Rechnungsablage 2014 und Voranschlag 2015
3. Mitgliederbeitrag 2014. Der Zentralvorstand beantragt die Beibehaltung der bisherigen Mitgliederbeiträge: 70 Franken für Aktive und 35 Franken für Pensionierte.
4. Ersatzwahlen in den Zentralvorstand
5. Tätigkeitsprogramm 2015/2016
6. Verschiedenes.

Nach dem geschäftlichen Teil der Mitgliederversammlung treffen sich Mitglieder und Gäste zum traditionellen Apéro.

Der Zentralvorstand

Zentralvorstand 2014/2015

Geschäftsleitung:

Zentralpräsident	Peter Büttiker, Fürspr., VBS
Vizepräsident	Martin Bolliger, dipl. Ing. ETH
Generalsekretär	Christian Furrer, Dr. iur.
Stellvertretende Generalsekretärin	Margrith Bachmann
Zentralkassier	Richard Zollinger, VBS
Redaktor	Christian Furrer, Dr. iur.
Delegierter «Senioren»	Erwin Steuri
Beigezogenes Mitglied	Albert Fritschi, lic. oec. publ.

Beisitzer:

Reto Dürler, Dr.iur., EDA
Angelo Rabiolo, lic.HEC, EDI
Christian Bachofner, EJPD
Hans Wipfli, Dr.iur., VBS
Hans-Jörg Lehmann, dipl.Ing. ETH,WBF
Markus Huber, Dr.iur.
Hugo Bretscher, lic.phil.,ETH-Z
Consuelo Antille, Administratrice, EPFL
Daniel Roubaty, Div.a.D
Rose Eveline Maradan El Bana, VBS
Hans Rudolf Vogel, Hptm., EFD

Verbindung zur Sektion:

Zürich/Ostschweiz
EPFL / ETH Lausanne
Militärische Berufskader
VIBABS *)
Grenzwachtoffiziere

*) VIBABS: Vereinigung der InstruktorInnen des BA für Bevölkerungsschutz

Mitgliedschaft VKB

Aktive und pensionierte Führungs- und Fachkader (ab Lohnklasse 18 des Bundes oder vergleichbarem Niveau) der allgemeinen Bundesverwaltung, des ETH-Bereichs (ab Funktionsstufe 8), der SBB und der Post sowie der Swisscom, der RUAG und der Nitrochemie AG Wimmis.

Verbindungen zur VKB

Postadresse	➡	VKB, Postfach, 3000 Bern 7
Internet	➡	– www.vkb-acc.ch – office@vkb-acc.ch
Mutationen	➡	<i>Eintritt, Adressänderung, Pensionierung, Austritt:</i> Meldung an – office@vkb-acc.ch oder – VKB, Postfach, 3000 Bern 7 <i>Austritt aus der VKB:</i> Bitte beachten Sie, dass der Austritt aus der VKB auch den Wegfall von Dienstleistungen und den damit verbundenen Vergünstigungen / Rabatten (zB KPT, Zurich Connect) zur Folge hat.
Auskünfte	➡	Geschäftsstelle VKB – Tel. 079 128 63 44 – office@vkb-acc.ch

In dieser Nummer

Seite

Unsichere und unruhige Zeiten	7
Staatsrechnung 2014 des Bundes: böse Überraschung	8
Das Sparprogramm KAP in der Finanzkommission des Nationalrates	10
Hat der Bund das Wachstum der Ausgaben unter Kontrolle?	12
Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA im Wechselbad der Gefühle	13
Sparkasse des Bundespersonals	14
Steuerung der Zuwanderung: Entscheide zur Umsetzung	15
Unternehmungen des Bundes	16
Geschäftsbericht 2014 der Vereinigung der Kader des Bundes	17
1. Zum Geleit	17
2. Sachgeschäfte	18
2.1 Bundespersonalrecht	18
2.2 Pensionskasse des Bundes PUBLICA	19
2.3 PUBLICA: Delegiertenversammlung	20
2.4 Lohnmassnahmen 2015 für das Bundespersonal	20
2.5 Reformen in Verwaltung und Armee	21
2.6 Überprüfung der Aufgaben des Bundes	22
2.7 Begleitausschuss der Sozialpartner	23
2.8 ETH-Bereich	24
3. Sektionen und Geschäftsbereiche	24
3.1 Sektion Zürich	24
3.2 Sektion militärische Berufskader	25
3.3 Sektion VIBABS	27
3.4 Sektion Grenzwachtoffiziere	28
3.5 Sektion ETH Lausanne	29
3.6 Geschäftsbereich Senioren	31
4. Mitgliederversammlung, Zentralvorstand und Administration	32
4.1 Mitgliederversammlung 2014 der VKB	32
4.2 Zentralvorstand, Geschäftsleitung und Administration	33
5. Finanzen	34
6. Dienstleistungen	35
7. Werbung	36
8. Internationale Tätigkeit	37

Die VKB in Stichworten	37
Zurich Connect: «Marderschäden lassen sich verhindern»	39
Beilage: Senioren VKB und angeschlossene Sektionen	
Einladung: Besuch Schweizerische Nationalphonothek Lugano	
Einladung: Besuch des Schlosses Jegenstorf BE	
Einladung: Besichtigung Mercedes Museum Stuttgart und Mercedes Werke Rastatt/D	
Einladung: Besuch Airbus Werke und Aeroscopia Museum in Toulouse/F	

Unsichere und unruhige Zeiten

Die Schweiz in der Währungsfalle – neue Ausgangslage

Die Nationalbank hat am 15. Januar mit ihrem Entscheid, den Mindestkurs zum Euro aufzuheben und Negativzinsen auf grösseren Giro Guthaben einzuführen, die Schweizer Wirtschaft und Politik überrascht. Innert kurzer Zeit wurde der Franken um 15 bis 20 Prozent aufgewertet – ein Kostenschock für exportorientierte Unternehmen. Sie müssen nun Kosten sparen und ihre Effizienz steigern. Der Werkplatz Schweiz und seine Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Der Euro hat sich zwar wieder leicht erholt, doch niemand weiss, ob der Franken auf kürzere oder auf längere Zeit sehr stark bleiben wird. Es fehlt, für Wirtschaft und Staat, die Planungssicherheit. Die einen rechnen für 2015 mit einem rückläufigen Wachstum der Wirtschaft, andere gar mit einer Rezession, mit einem negativen Wachstum. Einig sind sich die Prognosen darin, dass mit einer negativen Teuerung zu rechnen ist, und dass die Zinsen sehr tief bleiben werden.

Düstere Aussichten für die Finanzen des Bundes

Eine zweite, böse Überraschung folgte am 11. Februar: die Staatsrechnung für das Jahr 2014 schloss, statt mit einem Überschuss, mit einem Defizit von 124 Millionen Franken ab. Ohne Minderausgaben von 2,1 Milliarden wäre der Fehlbetrag erheblich höher ausgefallen. Schwerwiegend ist vor allem der massive Einbruch bei den Einnahmen des Bundes um 2,4 Milliarden Franken in einem guten Jahr, das ein Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent verzeichnet.

Der Voranschlag für das Jahr 2015 ging noch von einem Wachstum der Wirtschaft von 2,6 Prozent aus. Diese Annahme ist nun überholt. Der Einbruch der Konjunktur, in welchem Ausmass auch immer, wird die Einnahmen des Bundes weiter vermindern.

Neue Fragestellungen für die Politik

Die politische Diskussion der nächsten Monate dreht sich um zwei Fragen: Was kann und soll der Bund unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu stärken? Was ist zu tun, um den sich abzeichnenden Ausfällen bei den Einnahmen des Bundes zu begegnen?

Die Antwort des Eidg. Finanzdepartements auf die zweite Frage lautet: grosse Sporbemühungen in allen Departementen.

Bundesverwaltung und Bundespersonal im Gegenwind

Der Bundesrat hat bereits angekündigt, dass er eine Drosselung des Aufgaben-

wachstums im Finanzplan 2016-2018 anstrebt. So soll unter anderem der Personalaufwand auf dem Niveau des Voranschlags 2015 stabilisiert werden. Für das Bundespersonal zeichnen sich magere Jahre ab.

Der Bundesrat wird im Juni eine neue Lagebeurteilung vornehmen. Dabei wird es an Vorschlägen für neue Massnahmen aus dem Parlament nicht fehlen.

Sparvorschläge: Personalstopp, Stellenabbau, Sparprogramme

Der Verband *economiesuisse* verlangt, dass die Effizienz des Staatsapparates erhöht werden müsse. In der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz sollte per sofort ein umfassender Personalstopp gelten. Zudem sei auch in der öffentlichen Verwaltung eine Kostensenkung in der Höhe von 10 Prozent zumutbar.

Auch die Schweizerische Volkspartei fordert, dass der Bundesrat ein Sparprogramm in verschiedenen Varianten vorlegt. Das Schwergewicht müsse insbesondere bei einer Kürzung der Personal- und Beratungsausgaben liegen. Für die SVP wird der Bundesrat nicht um Personalkürzungen (Abbau um 1200 Stellen) herkommen.

Die FDP-Liberalen treten dafür ein, dass die Ausgaben des Bundes auf dem Niveau des Rechnungsjahres 2014 eingefroren werden. Notwendig sei ein neues Sparpaket. Während fünf Jahren sollen keine neuen Stellen beim Bund geschaffen werden.

Bei allen Forderungen nach Stabilisierung oder Senkung der Ausgaben des Bundes wird man darauf achten müssen, dass dadurch eine rückläufige Entwicklung der Wirtschaft nicht noch verstärkt wird.

Staatsrechnung 2014 des Bundes: böse Überraschung

Rechnungsabschluss 2014 mit einer roten Null

Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2014 mit einem *Defizit von 124 Millionen Franken* ab. Budgetiert war ein Überschuss von 121 Millionen Franken. Einnahmen und Ausgaben liegen deutlich unter dem Budget. Wegen den tieferen Einnahmen haben sich die Perspektiven spürbar verschlechtert.

Beunruhigend ist vor allem der Einbruch bei den Einnahmen: sie fielen um 2,4 Milliarden Franken tiefer aus als budgetiert. Und dies in einem Jahr, das als gutes Jahr für die Wirtschaft gilt.

Trotz des nur kleinen Finanzierungsüberschusses gingen die Bruttoschulden im vergangenen Jahr um 2,8 Milliarden auf 108,8 Milliarden zurück. Grund dafür ist die Reduktion der liquiden Mittel.

Finanzpolitische Standortbestimmung: düstere Aussichten

Der Finanzplan 2016-2018 wies noch rasch ansteigende strukturelle Überschüsse aus. In der Zwischenzeit haben sich die Haushaltsperspektiven massgeblich verschlechtert, so dass durchwegs *strukturelle Defizite* resultieren (insb. 2016 und 2017 mit je rund -1,3 Mrd.). Hauptgrund dafür ist die Korrektur bei der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer.

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer dürften in Zukunft weniger dynamisch wachsen als bisher angenommen. Um die Schuldenbremse im Voranschlag 2016 einzuhalten und mittelfristig Spielraum für die Unternehmenssteuerreform III zu schaffen, hat der Bundesrat Bereinigungsmassnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Franken beschlossen.

Stabilisierung des Personalaufwandes: Sparen beim Bundespersonal

Im Zentrum steht eine deutliche Drosselung des Ausgabenwachstums. So sollen jene Ausgaben, die in den letzten Jahren von der unerwartet tiefen Teuerung profitiert haben, gegenüber dem Finanzplan 2016-2018 um 3 Prozent gekürzt werden. Ferner soll der Personalaufwand auf dem Niveau des Voranschlags 2015 stabilisiert und der Beratungsaufwand gegenüber dem letzten Budget reduziert werden.

Grosse Unsicherheit

Im Moment verbleibt allerdings noch eine grosse Unsicherheit wegen der zu erwartenden *negativen Auswirkungen infolge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses* durch die Nationalbank. Der Bundesrat wird daher in der nächsten haushaltspolitischen Lagebeurteilung im Juni 2015 gestützt auf die Budgeteingaben der Departemente und die aktualisierten volkswirtschaftlichen Eckwerte eine neue Lagebeurteilung vornehmen müssen.

Bemerkungen der VKB

Von 2006 bis und mit 2013 schlossen die Rechnungen des Bundes wesentlich besser ab als veranschlagt: acht fette Jahre für den Bundshaushalt! Nun brechen magere Jahre für die Bundesfinanzen an. Die Personalausgaben werden von dieser Entwicklung auch betroffen: sie sollen zunächst auf dem Niveau des Voranschlags 2015 eingefroren werden.

Das Sparprogramm KAP in der Finanzkommission des Nationalrates

Für 2016 sind Sparmassnahmen angesagt

Die roten Zahlen des Bundes bereiten der Finanzkommission des Nationalrates Sorge, insbesondere mit Blick auf eine weitere Verschlechterung der Lage wegen des starken Frankens. Die Kommission ist mit den geplanten Sparmassnahmen des Bundesrates einverstanden und fordert zusätzliche.

Nichts hält die Kommission aber von drastischen Sparmassnahmen beim Bundespersonal. Sie hat Ende Februar Anträge für eine Reduktion oder Plafonierung der Vollzeitstellen deutlich abgelehnt. Nur knapp abgelehnt – mit 8 zu 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen – hat die Kommission einen Antrag, die Bundesausgaben bei 64 Milliarden Franken im Jahr zu plafonieren.

Ja sagte sie schliesslich zur Forderung nach einer weiteren Aufgabenüberprüfung: Geht es nach der Kommission, soll der Bundesrat in den Jahren 2017 bis 2019 durch den Verzicht auf bestimmte Aufgaben jährlich 1,5 Milliarden Franken einsparen. Mit 14 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung beschloss die Kommission, eine Motion mit dieser Forderung einzureichen.

Auch der Bundesrat will sparen

Auch der Bundesrat will die Ausgaben drosseln. Insgesamt würden die vom Bundesrat geplanten Massnahmen es erlauben, die Ausgaben 2016 gegenüber den ursprünglichen Plänen um 1,1 Milliarden zu kürzen.

Kommen die Massnahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets (KAP) hinzu, wären es 1,4 Milliarden. Das Sparpaket hatte das Parlament zunächst an den Bundesrat zurückgewiesen. Dieser legte es den Räten aber erneut vor und nahm gleichzeitig jene Massnahmen, für die es keine Gesetzesänderung braucht, bereits ins Budget 2015 auf.

Keine Kürzungen bei der Landwirtschaft

Das Parlament hiess den grössten Teil der Kürzungen gut, verzichtete aber auf einige. Insbesondere Kürzungen bei der Landwirtschaft lehnten die Räte ab. Im Rahmen des KAP waren in der Landwirtschaft Sparmassnahmen im Rahmen von rund 57 Millionen Franken vorgesehen.

Die bereits im Budget 2015 abgelehnten Massnahmen lehnt die Nationalratskommission nun auch für 2016 ab. Geht es nach dem Willen der Nationalratskommission, sollten im Rahmen von KAP im Jahr 2016 rund 630 Millionen Franken eingespart werden.

KAP gutgeheissen

Der grösste Sparposten betrifft die AHV: Anders als im Budget 2015 ist für 2016 auch eine Reduktion der Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV vorgesehen. Dies erlaubt eine Einsparung von 132,5 Millionen Franken.

In einem Punkt will die Kommission 0,7 Millionen Franken weniger sparen als der Bundesrat. Abgesehen davon hat sie sämtliche Änderungsanträge abgelehnt. Nein sagte sie auch zu Anträgen für weitere Sparmassnahmen, etwa bei den Präventionsprogrammen des Bundesamtes für Gesundheit. Am Ende hiess die Kommission das KAP für 2016 mit 13 zu 7 Stimmen gut.

Analyse bis Ende März

Warum die Bundeseinnahmen 2014 eingebrochen sind, will der Bundesrat bis Ende März analysieren. Im April will er eine neue Standortbestimmung vornehmen. In diese dürften auch neue Prognosen aufgrund des starken Frankens einfließen.

Bemerkungen der VKB: Durchbruch nach längerem Seilziehen

Der Bundesrat hatte bereits am 19. Dezember 2012 die Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) verabschiedet. Die darin enthaltenen Sparmassnahmen sollten den Bundeshaushalt jährlich um rund 700 Millionen Franken entlasten.

Am 2. Dezember 2013 wurde der Bundesrat vom Nationalrat beauftragt, neue Varianten zur Erreichung finanzieller Ziele auszuarbeiten. Die SVP verlangte vom Bundesrat massive Beschränkungen bei den Ausgaben, so einen *Abbau von 1600 bis zu 2000 Stellen* in der Bundesverwaltung. Die Sozialdemokraten und die Grünen setzten auf Mehreinnahmen.

Am 19. September 2014 hiess der Bundesrat die Zusatzbotschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) gut. Er beantragte dem Parlament, das ursprünglich vorgelegte Sparprogramm KAP zu beraten.

In der Zusatzbotschaft zeigte der Bundesrat auf, dass nach seiner Einschätzung auf der Einnahmenseite keine Möglichkeiten für Massnahmen bestehen, die das KAP ersetzen könnten.

Im ausgabenseitigen Szenario legte der Bundesrat dar, dass die Personalausgaben des Bundes um 300 Millionen (bzw. um rund 6,1%) nur dann reduziert werden können, wenn tiefgreifende Aufgabenverzicht und ein erheblicher Leistungsbau in Kauf genommen werden. Für die Umsetzung wären Gesetzesänderungen notwendig. Die Aufgabenerfüllung des Bundes wäre in verschiedenen Bereichen gefährdet.

Nun ist die Finanzkommission des Nationalrates Ende Februar doch noch auf die Linie des Bundesrates eingeschwenkt. Der negative Abschluss 2014 der Staatsrechnung des Bundes hat einen Meinungsumschwung herbeigeführt. Erfreulich ist, dass von drastischen Sparmassnahmen beim Bundespersonal abgesehen wurde.

Hat der Bund das Wachstum der Ausgaben unter Kontrolle?

Im Nationalrat wurde eine Motion betreffend Ausgabenwachstumsbremse eingebracht. Der Stellungnahme des Bundesrates vom 25. Februar entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

Wie sind die Ausgaben des Bundes von 1990-2013 gewachsen?

Von 1990 bis 2003 sind die Bundesausgaben im Durchschnitt stärker gewachsen als das nominelle Bruttoinlandprodukt (1990-2003: 3,6 bzw. 2,2 % pro Jahr). *Seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 liegt das durchschnittliche Ausgabenwachstum jedoch unter demjenigen der Wirtschaft (2003-2013: 2,5 bzw. 3,0 % pro Jahr).*

Diese Entwicklung lässt sich an der Ausgabenquote ablesen, welche die Bundesausgaben im Verhältnis zum nominellen Bruttoinlandprodukt (BIP) zeigt. Die Ausgabenquote stieg von 1990 bis 2002 (von 8,8 auf 10,7 %) und geht seitdem tendenziell zurück (2013: 10,0 %).

Auch im internationalen Vergleich steht die Schweiz gut da. Die von der OECD publizierten Zahlen zeigen, dass die Staatsquote der Schweiz eine der niedrigsten im OECD-Raum ist. Für 2013 liegt der OECD-Durchschnitt bei 42,0 Prozent; für die Schweiz wird eine Staatsquote von 33,5 Prozent ausgewiesen.

Welche Aufgabengebiete sind überdurchschnittlich gewachsen?

In den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gewachsen sind die Aufgabengebiete Bildung und Forschung (2003-2013: durchschnittlich 4,6 % pro Jahr), Beziehungen zum Ausland (3,7 % p.a.), Soziale Wohlfahrt (3,3 % p.a.) sowie Umwelt und Raumordnung (2,9 % p.a.). Diese Wachstumsraten widerspiegeln die politischen Prioritäten von Parlament und Bundesrat.

Wie wirkt die Schuldenbremse?

Mit der Schuldenbremse besteht eine Regelbindung, welche das Ausgabenwachstum bremst. Seit ihrer Einführung konnte die Begrenzung auf das durchschnittliche nominelle BIP-Wachstum erreicht werden.

Die Schuldenbremse koppelt die Entwicklung der Ausgaben an diejenige der Einnahmen. Werden keine zusätzlichen Einnahmen beschlossen, können auch die Ausgaben nicht stärker wachsen als diese.

Die Schuldenbremse hat sich bewährt und ist entsprechend breit akzeptiert. Das Ausgabenwachstum ist unter Kontrolle.

Die Pensionskasse PUBLICA im Wechselbad der Gefühle

PUBLICA mit solidem Anlageergebnis 2014

Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte im Jahre 2014 auf ihrem Anlagevermögen von rund 37 Milliarden Schweizer Franken eine solide Gesamttrendite von 5,87 Prozent. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller 21 Vorsorgewerke, die der Sammeleinrichtung angeschlossen sind, betrug Ende 2014 schätzungsweise 105 Prozent.

Die jährliche durchschnittliche Rendite von 2000 bis 2014 beträgt bei PUBLICA 3,22 Prozent.

Vor Jahren hatte PUBLICA den strategischen Entscheid getroffen, die Währungen der Industrieländer vollständig abzusichern; so sollen nicht systematische und damit nicht entschädigte Risiken aus dem Portfolio eliminiert werden.

Schock vom 15. Januar 2015: doppelter Verlust

Am 15. Januar hob die Schweizerische Nationalbank den Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro auf. Diese Massnahme führte zu Verlusten insbesondere bei Geldern, die in Wertschriften im Euro-Raum angelegt waren: Währungsverluste. Dazu kommen Einbussen an den Finanzmärkten: die Kurse an den Börsen brachen weltweit ein, in der Schweiz um 15 Prozent.

Die Währungsabsicherung ist der entscheidende Grund, weshalb PUBLICA im Januar vor einem Verlust in der Höhe von 2,2 Milliarden Schweizer Franken verschont blieb, den der Entscheid der Nationalbank direkt verursacht hätte. PUBLICA ist vom Währungsverlust also nicht direkt betroffen.

Finanzmärkte: Durch Anlagen in Aktien Schweiz und Investitionen in Schwellenländer ist PUBLICA dennoch indirekt vom SNB-Entscheid betroffen. Die geschätzte Gesamtpformance für die Zeit vom 1. Januar bis zum 16. Januar 2015 lag bei -1,4 Prozent. Sie ist in der Zwischenzeit bereits wieder stark gestiegen. Auch unter Berücksichtigung dieser Performance lag und liegt der regulatorische Deckungsgrad bei PUBLICA immer über 100 Prozent. Sparguthaben und Renten sind bei PUBLICA auch in der aktuellen Finanzmarktsituation gesichert!

Grosse Herausforderungen in verändertem Umfeld

Währungsschwankungen und unsichere wirtschaftliche Aussichten prägen das Umfeld. Die Nationalbank hat am 15. Januar zudem Negativzinsen auf grösseren Giro Guthaben eingeführt. PUBLICA als dem Bund nahestehende Institution ist davon ausgenommen. Folge dieser Zinssenkung sind – auf Jahre hinaus – magere Renditeaussichten. Die Anlage von Vorsorgegeldern ist schwierig: wie kann die benötigte Rendite erwirtschaftet werden, ohne zusätzliche Risiken einzugehen? Die Kosten für die Absicherung von Fremdwährungen sind gestiegen. Die vom Bundesrat am 22. Oktober für 2015 festgelegte Mindestverzinsung für die Altersguthaben (1,75 %) erweist sich jetzt als hoch.

Sparkasse des Bundespersonals

Die Finanzkommission des Nationalrates für Beibehaltung der Sparkasse Bundespersonal

Die Kommission behandelte an ihrer Sitzung vom 9. und 10. Februar 2015 unter anderem die Botschaft zum Rechnungsmodell des Bundes (NRM). Die Finanzkommission beantragt dem Nationalrat, den Vorschlägen zur Optimierung des Rechnungsmodells des Bundes zuzustimmen. Die Kommission war zuvor zu den beabsichtigten Optimierungsmassnahmen konsultiert worden und konnte so ihre Anliegen bereits einbringen.

Zu einer Diskussion Anlass gaben die Bestimmungen betreffend die Sparkasse Bundespersonal (SKB). Diese ist bis jetzt in Artikel 72 der Finanzhaushaltverordnung geregelt. Neu sollen die Bestimmungen betreffend die Sparkasse im Finanzhaushaltgesetz (FHG) verankert werden.

Anlässlich der Konsultation wurde die Frage aufgeworfen, ob die Sparkasse Bund heute noch eine Existenzberechtigung habe sowie was deren Vor- und Nachteile

seien. Die Kommission bestellte dazu bei der Finanzverwaltung einen Bericht, der für die Beratung vorlag. *Aufgrund des Berichts stellt die Finanzkommission die Existenzberechtigung der Kasse nicht infrage.*

Es wurde aber ein Antrag gestellt, dass die erwähnten Artikel aus dem Finanzhaushaltsgesetz zu streichen seien, weil dieses der falsche Ort für die gesetzliche Grundlage der SKB sei. Der Bundesrat solle die gesetzliche Grundlage für die Kasse dem Parlament in einer separaten Vorlage unterbreiten. Die Kommission lehnte den Antrag mit 18 zu 6 Stimmen (1 Enthaltung) ab. Dazu wurde ein Minderheitsantrag eingereicht.

Steuerung der Zuwanderung: Entscheide zur Umsetzung

Am 9. Februar 2014 hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung für eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und einer gleichzeitigen Anpassung des Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union (EU) unter Wahrung des wirtschaftlichen Gesamtinteresses ausgesprochen. Der Bundesrat hat am 11. Februar verschiedene Entscheide zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen getroffen. So verabschiedete er den Entwurf zur neuen Ausländergesetzgebung sowie ergänzende Massnahmen zu einer besseren Ausschöpfung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften. Zudem hat er das Mandat für Verhandlungen mit der EU über das Abkommen zur Personenfreizügigkeit definitiv beschlossen.

Ergänzende Massnahmen zu einer besseren Ausschöpfung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften

Um bei einer Begrenzung der Zuwanderung sicherzustellen, dass die Schweizer Unternehmen auch in Zukunft die benötigten Fachkräfte finden, ist es notwendig, das inländische Potenzial an Arbeitskräften, insbesondere Frauen und ältere Arbeitnehmende, noch besser zu nutzen. Der Bundesrat hat sich über die bessere Ausschöpfung dieses Potenzials im Rahmen der *Fachkräfteinitiative des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)* ausgetauscht. Das WBF wird in Zusammenarbeit mit den Departementen, den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt die Arbeiten dazu intensivieren und bis Ende Juni 2015 Bericht erstatten.

Informationsvorsprung für Arbeitssuchende bei offenen Stellen der Bundesverwaltung

Ferner hat der Bundesrat in Ergänzung der Fachkräfteinitiative vier zusätzliche Massnahmen beschlossen, damit vermehrt inländische Arbeitskräfte eingestellt, und so die beruflichen Perspektiven aller Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz verbessert werden, insbesondere auch bei den schwächsten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt.

Diese Massnahmen sollen es ermöglichen, Arbeitssuchenden einen Informationsvorsprung zu gewähren, indem die offenen Stellen der Bundesverwaltung den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) vor ihrer Veröffentlichung zugänglich gemacht werden. Ferner ist eine allfällige Erhöhung des Kredits für die Integration der Migrantinnen und Migranten zu prüfen, das Bildungsangebot im medizinischen Bereich auszubauen und die berufliche Integration der Menschen mit einer Behinderung zu stärken.

Der Bundesrat hat die zuständigen Departemente beauftragt, die vorgängige Meldung der offenen Stellen bei den RAV sicherzustellen sowie die Sondierungsarbeiten zu lancieren und ihm einen Vorschlag für die Umsetzung der übrigen drei Massnahmen bis Ende 2015 oder Anfang 2016 zu unterbreiten.

Bemerkungen der VKB

Der Bundesrat will bei der Bundesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Ob der Informationsvorsprung für Arbeitssuchende die erhoffte Wirkung erzielen wird? Eine Stelle wird bei der Bundesverwaltung nicht innert fünf Tagen besetzt. Die Bundesämter werden, neben den RAV-Dossiers, weitere Bewerbungen in Betracht ziehen, und am Ende die beste Bewerbung berücksichtigen.

Unternehmungen des Bundes

Neuer Gesamtarbeitsvertrag für die Post

Die Schweizerische Post, die Gewerkschaft syndicom und der Personalverband transfair haben die Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge (GAV) für die Post CH AG, die PostAuto Schweiz AG und die PostFinance AG abgeschlossen. Unter anderem wird der Mutterschaftsurlaub von 16 auf 18 Wochen, der Vaterschaftsurlaub von 2 auf 10 Tage erhöht. Die neuen Gesamtarbeitsverträge werden am 1. Januar 2016 in Kraft treten und bis Ende 2018 gültig sein.

Neues Recht auch für SBB und Swisscom

Am 1. Januar 2015 ist der neue *Gesamtarbeitsvertrag SBB* in Kraft getreten. Dieser legt für die nächsten vier Jahre die Arbeits- und Anstellungsbedingungen fest. Wegen der Fusion von Swisscom Schweiz und Swisscom IT Services per 1. Januar 2015 wurden die unterschiedlichen Anstellungsbedingungen angepasst. Der harmonisierte Gesamtarbeitsvertrag wurde gleichzeitig mit einer neuen Job Architektur auf den 1. April 2015 eingeführt.

Geschäftsbericht 2014 der Vereinigung der Kader des Bundes

1. Zum Geleit

2014 – ein gutes Jahr für das Personal des Bundes

Im Zentrum der Personalpolitik standen – per 2015 – die Senkung des technischen Zinssatzes auf 2,75 Prozent und die erneute Senkung des Umwandlungssatzes auf 5,65 Prozent bei der Pensionskasse PUBLICA. Dieser strategische Entscheid der Kassenkommission PUBLICA von 2012 trug den anhaltend tiefen Renditeerwartungen Rechnung. Er hat sich, wie die Entwicklung im Januar 2015 gezeigt hat, als weitsichtig erwiesen.

Die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung erhielten für 2015 Lohnmassnahmen von 0,2 Prozent. Davon sind 0,1 Prozent für den Ausgleich der Teuerung vorgesehen. Ferner übernahm der Bund einen höheren Anteil an den Kosten der Prämie für die Nichtberufsunfallversicherung: statt einen Drittel trägt er neu 60 Prozent der Kosten.

Dieses Ergebnis ist mit den Leistungen des Arbeitgebers beim Vorsorgewerk Bund zu verknüpfen. Im Vorsorgewerk Bund übernahm der Arbeitgeber per 1. Januar 2015 80 Prozent der Erhöhung der Sparbeiträge. Dies entspricht 0,9 Lohnprozenten oder 54 Millionen Franken, eine für das Personal günstige Lösung. Diese gestattet es, das bestehende Leistungsniveau bei der Pensionskasse PUBLICA zu erhalten, ein zentrales Anliegen der VKB.

Die verbleibenden 20 Prozent der Sparbeitragerhöhung im Vorsorgewerk Bund übernahmen die Mitarbeitenden. Ihre individuellen monatlichen Sparbeiträge erhöhten sich, abhängig von Alter und Lohnklasse, um maximal 0,6 Prozentpunkte. Die Vorsorgewerke der dezentralen Bundesverwaltung haben beschlossen, eben-

falls die individuellen Sparbeiträge der Mitarbeitenden zu erhöhen. Das Personal kam auch da in den Genuss von generellen Lohnmassnahmen.

Die Rentenbeziehenden werden auch 2015 auf der sicheren Seite sein, weil ihre Renten von Gesetzes wegen garantiert sind.

Der negative Abschluss der Staatsrechnung 2014 des Bundes markiert einen Wendepunkt: die acht fetten Jahre für die Bundesfinanzen sind vorbei. Alles deutet darauf hin, dass 2015 ein unruhiges und schwieriges Jahr für die Bundesverwaltung und das Personal des Bundes wird.

- Schöne Erfolge - stagnierende Mitgliederzahlen

Auch 2014 hat sich die VKB für eine faire Entlohnung des Kaders und für gute Arbeitsbedingungen engagiert. Dabei konnten, wie dargelegt, beachtliche Erfolge verzeichnet werden.

Wir vertreten pragmatisch, effizient und ohne lautstarken Auftritt in der Öffentlichkeit die Interessen der aktiven und pensionierten Kader des Bundes. Die Mitglieder des Vorstandes leisten einen grossen Einsatz bei der Vertretung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern, und bei der Unterstützung von Mitgliedern bei individuellen Problemen.

Dennoch erfahren sie wenig Anerkennung durch die Angestellten: die Zahl der Mitglieder unserer Vereinigung stagniert, 70 Prozent der Angestellten des Bundes gehört keinem Personalverband an.

Die VKB appelliert daher an ihre Mitglieder: informieren Sie ihre Kolleginnen und Kollegen über die Vorteile einer Mitgliedschaft und motivieren sie Ihre Kolleginnen und Kollegen für einen Beitritt zu unserer Kaderorganisation. Nur gemeinsam sind wir stark und werden gehört.

Peter Büttiker
Zentralpräsident

2. Sachgeschäfte

2.1 Bundespersonalrecht

Der Bundesrat hat am 20. Juni mit einer Änderung der Bundespersonalpersonalverordnung (BPV) die Arbeitgeberbeteiligung an der Überbrückungsrente bei freiwilligen vorzeitigen Pensionierungen von Mitarbeitenden der Bundesverwaltung angepasst. Gleichzeitig hat er die Leistungen des Arbeitgebers bei Umstrukturierungen, Reorganisationen und bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Rahmen des Sozialplans harmonisiert.

Mit einer zweiten Revision der Bundespersonalverordnung vom 15. Oktober wurde die Leistungsbeurteilung in der Bundesverwaltung geändert. Um das Beurteilungssystem klarer und anwendungsfreundlicher zu gestalten, wurden alle vier Stufen neu bezeichnet. Sehr gut, gut, genügend und ungenügend ersetzen die bisherigen Beschreibungen.

Die dritte Revision der Bundespersonalverordnung vom 28. November betrifft die Wahl des obersten Kadern der Bundesverwaltung. Der Kreis derjenigen obersten Kader, die der Bundesrat wählt, wird eingeschränkt.

Darüber hinaus hat der Bundesrat am 27. August Massnahmen ergriffen, um die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung konsequenter zu fördern. Schliesslich hat er mit Beschluss vom 20. Juni den Berufsmilitärs grundsätzlich die Teilzeitarbeit ermöglicht.

2.2 Pensionskasse des Bundes PUBLICA

2.2.1 Senkung des technischen Zinssatzes auf den 1. Januar 2015

Am 19. Dezember 2012 traf die der Kassenkommission PUBLICA einen strategischen Entscheid: die Senkung des technischen Zinssatzes per 1. Januar 2015 auf 2,75 Prozent und die erneute Senkung des Umwandlungssatzes auf neu 5,65 Prozent. Dieser Entscheid trug den anhaltend tiefen Renditeerwartungen Rechnung. Er zog hohe Kosten nach sich.

Sinkt der technische Zinssatz, sinkt auch der Umwandlungssatz und dadurch – ohne Gegenmassnahmen – auch die zu erwartenden Renten der Mitarbeitenden. Die Erhaltung des bisherigen Leistungsniveaus stand daher im Zentrum der Bemühungen der VKB im Jahre 2014.

– Vorsorgewerk Bund

Einerseits wurden dafür von der Pensionskasse Rückstellungen gebildet, die per 1. Januar 2015 proportional auf die Altersguthaben der Mitarbeitenden verteilt wurden. Andererseits wurden auf 2015 die individuellen monatlichen Sparbeiträge um 8,85 Prozent erhöht. Das entspricht jährlichen Mehrkosten von 65 Millionen Franken. Davon übernahm der Arbeitgeber 80 Prozent, eine grosszügige Lösung, für welche das Personal dem Bundesrat und der Vorsteherin des EFD zu Dank verpflichtet ist. Dieser Anteil wird durch die Senkung der Risikoprämie, den Wegfall der Beitragsentlastung sowie die Neugestaltung der Überbrückungsrente vollumfänglich kompensiert.

Die verbleibenden 20 Prozent der Sparbeitragsenerhöhung im Vorsorgewerk Bund übernahmen die Mitarbeitenden. Ihre individuellen monatlichen Sparbeiträge

erhöhten sich, abhängig von Alter und Lohnklasse, um maximal 0,6 Prozentpunkte.

– Vorsorgewerke der dezentralen Bundesverwaltung

Am 8. Oktober hat der Bundesrat die Änderungen der Vorsorgepläne der Vorsorgewerke der dezentralen Bundesverwaltung genehmigt. Die meisten von ihnen haben beschlossen, ebenfalls die individuellen Sparbeiträge der Mitarbeitenden zu erhöhen.

2.2.2 Solide Geschäftsjahre 2013 und 2014

Trotz Rückstellungen von 832 Millionen für die Senkung des technischen Zinssatzes hat der konsolidierte Deckungsgrad 2013 nur um 1,1 Prozent abgenommen. Die Performance auf dem Anlagevermögen betrug 3,47 Prozent. Per 31. Dezember 2013 lag der Gesamtdeckungsgrad von PUBLICA bei 104,1 Prozent (Vorjahr 105,2 Prozent). Die jährliche Durchschnittsrendite der Jahre 2000 bis 2013 beträgt bei PUBLICA 3,03 Prozent.

Die Jahresrechnung der Pensionskasse PUBLICA per 31. Dezember 2014 liegt noch nicht vor. Dennoch zeichnet sich ab, dass das Jahr 2014 für die Pensionskasse des Bundes ein gutes Jahr war. Denn PUBLICA erzielte eine solide Gesamtrendite von 5,8 Prozent. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Vorsorgewerke wird auf 105 Prozent geschätzt.

2.3 PUBLICA: Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung PUBLICA zählt insgesamt 80 Mitglieder. 61 Sitze stehen dem Wahlkreis Bund zu, 15 Sitze dem Wahlkreis ETH-Bereich.

Im Wahlkreis Bund stellt die VKB fünf Delegierte: Christian Bachofner, BFM; Angelo Rabiolo, BAG; Ernst Steinmann, EDA; Jürg Studer; VBS-LW und Hildegard Weber, VBS-BABS.

Im Wahlkreis ETH-Bereich stellt die VKB mit neun Delegierten die Mehrheit: Peter Allenspach, PSI; Consuelo Antille, EPFL; Patrick Dilger, ETHZ; Jürg Dual, ETHZ; Haimo Jöhri, PSI; Heidi Leutwyler, EMPA; Patrick Pollet, ETHZ; Giovanni Salemme, ETHZ; Karin Schöb, ETHZ.

2.4 Lohnmassnahmen 2015 für das Bundespersonal

Die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung erhalten 2015 Lohnmassnahmen von 0,2 Prozent. Davon sind 0,1 Prozent für den Ausgleich der Teuerung vorgesehen. Ferner hat der Bundesrat eine Erhöhung seines Anteils an den Kosten der Prämie für Nichtbetriebsunfall (NBU) von einem Drittel auf 60 Prozent beschlossen.

Bemerkungen der VKB

Im Voranschlag 2015 des Bundes waren für einen allfälligen Teuerungsausgleich Mittel im Umfang von 0,2 Prozent (10 Mio.) eingestellt. Damit war klar, dass der Spielraum für generelle Lohnmassnahmen für 2015 sehr eng war. Es gilt in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der Arbeitgeber, auch per 1. Januar 2015, 80 Prozent der Erhöhung der Sparbeiträge im Vorsorgewerk Bund übernommen hat. Dies entspricht 0,9 Lohnprozenten oder 54 Millionen Franken, eine für das Personal günstige Lösung. Das bestehende Leistungsniveau bei PUBLICA – trotz der Senkung des technischen Zinssatzes – zu erhalten, war in diesem Jahr ein zentrales Anliegen der VKB. Zudem konnte eine Entlastung des Personals bei der Prämie für die Nichtberufsunfallversicherung ausgehandelt werden: statt zwei Drittel beträgt der Anteil der Arbeitnehmer an der Prämie ab 1. Januar noch 40 Prozent.

2.5 Reformen in Verwaltung und Armee

Auch im Jahre 2014 wurde eine Reihe von Reorganisationen eingeleitet oder durchgeführt. So passte das *Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation* auf den 1. April seine Organisationsstruktur an. Nach dem Abgang des Rüstungschefs ordnete Bundesrat Maurer eine *Umstrukturierung von armasuisse*, der Rüstungsbehörde des Bundes, an. Das Bundesamt für Landestopografie, *swisstopo*, wird aus *armasuisse* ausgegliedert und direkt dem Departementschef unterstellt. Das Bundesamt für Migration wurde in ein *Staatssekretariat für Migration* überführt; der Direktor trägt den Titel Staatssekretär.

Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung in Lausanne soll in den nächsten Jahren in die zentrale Bundesverwaltung integriert werden. Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) soll in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt werden.

Auch die *Dezentralisierung der Bundesverwaltung* schreitet voran. So soll Ende 2020 ein neues gemeinsames *Rechenzentrum der Bundesverwaltung in Frauenfeld* in Betrieb gehen. Dieses soll vom VBS und den zivilen Departementen gemeinsam genutzt werden. Die *Neustrukturierung des Asylwesens ist mit einer Regionalisierung* verbunden. Gewisse bestehende Arbeitsplätze des Bundes werden auf mittlere Frist in die regionalen Strukturen verlagert. Die Nachfolgeorganisation der *Eidg. Alkoholverwaltung* (Vollzug der Alkoholgesetzgebung, Vollzug des Bier- und des Tabaksteuergesetzes) soll 2017 in Delsberg angesiedelt werden. Das grösste Reformvorhaben der nächsten Jahre ist die *Armeereform*. Sie wurde mit der Botschaft vom 3. September 2014 über die Weiterentwicklung der Armee eingeleitet. Der Bundesrat schlägt dem Parlament insbesondere eine Reduktion des Armeebestandes auf 100'000 Armeeingehörige vor.

Die Organisation der Gruppe Verteidigung innerhalb des VBS ist an die neue Armeestruktur anzupassen. Die Gruppe Verteidigung wird daher zukünftig noch aus den Bundesämtern Armeestab, Operationen der Armee, LBA, FUB und Ausbildung der Armee bestehen. Die beiden bisherigen Bundesämter Heer und Luftwaffe gehen zusammen mit dem Führungsstab der Armee im Bundesamt Operationen der Armee auf, die höhere Kaderausbildung der Armee im Bundesamt Ausbildung der Armee.

2.6 Überprüfung der Aufgaben des Bundes

2.6.1 Das Sparprogramm KAP 2012 in Kürze

Der Bundesrat hatte am 19. Dezember 2012 die Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) verabschiedet. Die darin enthaltenen Sparmassnahmen sollten den Bundeshaushalt jährlich um rund 700 Millionen Franken entlasten.

2.6.2 Seilziehen um das Sparprogramm zwischen den beiden Räten

Nach einem längeren Seilziehen zwischen den beiden Räten beschloss der Nationalrat am 2. Dezember 2013 zwar auf die Vorlage einzutreten, sie aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Bundesrat wurde beauftragt, neue Varianten zur Erreichung finanzieller Ziele auszuarbeiten. Der widersprüchliche Rückweisungsbeschluss des Nationalrates kam mit den Stimmen der SVP, der SP und der Grünen zustande. Die SVP verlangte vom Bundesrat massive Beschränkungen bei den Ausgaben, so einen *Abbau von 1600 bis zu 2000 Stellen* in der Bundesverwaltung. Die Sozialdemokraten und die Grünen setzten auf Mehreinnahmen.

2.6.3 Zusatzbotschaft des Bundesrates vom 19. September 2014

Der Bundesrat hatte am 19. September die Zusatzbotschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) verabschiedet. Er beantragte dem Parlament, die Zusatzbotschaft zur Kenntnis zu nehmen, die erarbeiteten Szenarien nicht umzusetzen und das ursprünglich vorgelegte Sparprogramm KAP zu beraten.

In der Zusatzbotschaft zeigte der Bundesrat auf, dass nach seiner Einschätzung auf der Einnahmenseite keine Möglichkeiten für Massnahmen bestehen, die das KAP ersetzen könnten.

Im ausgabenseitigen Szenario enthält die Zusatzbotschaft drei Varianten, wie die Personalausgaben des Bundes um 300 Millionen beziehungsweise um rund 6,1 Prozent reduziert werden könnten. Dafür sind *tiefgreifende Aufgabenverzichte* und ein *erheblicher Leistungsabbau* notwendig, was nicht ohne Gesetzesände-

rungen umgesetzt werden könnte. Die Aufgabenerfüllung des Bundes wäre in verschiedenen Bereichen gefährdet.

Der Bundesrat erachtet deshalb in der heutigen finanzpolitischen Lage *alle drei Varianten als nicht verantwortbar*. Er beantragt deshalb dem Parlament, auf die Umsetzung der Zusatzbotschaft zu verzichten und stattdessen die Beratung des Ende Dezember 2012 vorgelegten KAP aufzunehmen.

2.6.4 Beratung des ursprünglichen Sparprogramms

Die Finanzkommission des Nationalrates folgte im Oktober dem Antrag des Bundesrates, die Beratung des ursprünglichen KAP Ende Februar 2015 aufzunehmen.

2.7 Begleitausschuss der Sozialpartner (BAS)

In diesem Ausschuss – geleitet durch die Direktorin des Eidg. Personalamtes – wird die VKB durch ihren Zentralpräsidenten vertreten. Im Jahre 2014 fanden sechs ordentliche Sitzungen statt. Dabei lagen die Schwergewichte auf:

- Empfehlungen des EPA für den unbezahlten Vaterschaftsurlaub
- Betriebliches Gesundheitsmanagement Bund / Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Änderung der Bundespersonalverordnung: Finanzierung der Überbrückungsrente
- Personalbefragung 2014
- Lohnverhandlungen der Sozialpartner vom 18. November
- Bericht der GPK des Ständerates vom 7. Oktober über externe Mitarbeitende der Bundesverwaltung
- Lohnvergleichsstudie der Firma Kienbaum.

Die wichtigsten Informationen aus der Konferenz der Personalchefs der Bundesverwaltung betrafen folgende Themen:

- Bericht der Personal- und Sozialberatung und der Vertrauensstelle für das Bundespersonal
- Bericht über Hochschulauftritte
- Universum Professional Studie 2013
- Konzept über die Personal und Kaderentwicklung
- Anfangslöhne in der Bundesverwaltung ab 2015
- Anrechnung von Reise- und Arbeitszeit
- Jobsharing
- Bundesgerichtsentscheid zu Familienzulagen.

2.8 ETH-Bereich

2.8.1 Lohnmassnahmen 2015 im ETH-Bereich

Im Jahre 2015 werden die Löhne insgesamt um 0,6 Prozent erhöht. Darin enthalten ist ein Teuerungsausgleich von 0,1 Prozent. Die Reallohnerhöhung von 0,5 Prozent erfolgte unter anderem mit Blick auf die ab 2015 höher ausfallenden Beiträge der Arbeitnehmenden an die Pensionskasse. Zur Steuerung des Lohnsystems werden, wie in den Vorjahren, 1,2 Prozent der Lohnsumme eingesetzt.

Dieses Ergebnis entspricht unseren Forderungen: ein grosser Erfolg unseres Einsatzes. Für unsere Kaderorganisation war das Ziel, die Kaufkraft zu erhalten, von erstrangiger Bedeutung. Die gewährte reale Erhöhung der Löhne leistet dazu einen wesentlichen Beitrag.

2.8.2 Verordnung über das wissenschaftliche Personal an der ETHZ

Am 16. September hat die Schulleitung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich eine neue Verordnung über das wissenschaftliche Personal erlassen. Die Verordnung trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Sie regelt das Arbeitsverhältnis der Assistenten und Oberassistenten sowie jenes der befristet und unbefristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter.

2.8.3 Evaluation des Neuen Lohnsystems (NLS) im ETH-Bereich

Entsprechend unserer Forderung hat der ETH-Rat beschlossen, das Leistungslohnsystem – unter Einbezug der Sozialpartner – durch eine externe Stelle zu evaluieren. Hierzu erfolgte im Berichtsjahr die Ausschreibung.

Die Sektion Zürich hat bereits im Vorjahr das «Positionspapier zum Neuen Lohnsystem» erarbeitet, welches auf dem Grundsatzdokument «Kaderpolitik und leistungsorientierte Entlohnung im Neuen Lohnsystem» basiert. Dieses Positionspapier wird unsere Leitlinie für die Evaluation NLS bilden.

3. Sektionen und Geschäftsbereiche

3.1 Sektion Zürich

Ersatzwahl im Vorstand

An der GV vom 13. November wurde als Nachfolgerin von Heidi Leutwyler (EMPA), die aus persönlichen Gründen nach über zehnjähriger Vorstandsarbeit zurücktrat, Gabriele Dobenecker gewählt. Der Vorstand setzt sich somit bis zur GV 2015 wie folgt zusammen:

- Prof. Dr.sc.techn. Ulrich Weidmann (Präsident), D-BAUG, ETH Zürich
- Dr. Peter Michael Allenspach, Physiker ETH, Bereichsleiter Logistik PSI

- Prof. Dr. Adrian Biland, Physiker, ETH Zürich / D-PHYS
- Hugo Bretscher, lic.phil., Generalsekretär ETH Zürich
- Albert Fritschi, lic.oec.publ. (Sekretär)
- Gabriele Dobenecker, dipl. Informatikerin (Univ.), Leiterin Abt. Marketing, Wissens- und Technologietransfer der EMPA
- Giovanni Saleme (Vizepräsident), lic.rer.publ., Departements-Koordinator, D-HEST, ETH Zürich
- Ueli Stahel, phil. I.,

Wichtige Geschäfte

An vier ordentlichen Sitzungen behandelte der Vorstand die laufenden Geschäfte. Besonders zu erwähnen ist die Erarbeitung der Position für die Lohnverhandlungen mit dem ETH-Rat zusammen mit der VKB-Sektion EPFL (Ziff. 2.8).

Veranstaltungen 2014

Das Mitgliedertreffen am 24. Juni war auf dem Hönggerberg, wo die neu errichtete Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie und der Bürotrakt HIA in neu entwickelter Holzbautechnologie (House of Natural Resources) zu besichtigen waren. Die Verbindungsleute trafen sich am 27. August bei der Eidg. Forschungsanstalt für Schnee, Wald und Landschaft in Birmensdorf und besuchten das neue Pflanzenschutzlabor. Die Generalversammlung fand am 13. November an der ETH Zürich statt und wurde mit einem Referat von Prof. L. Guzzella eingeleitet.

Mitgliederwerbung 2014

Im Frühjahr wurde der neugestaltete Werbeflyer der VKB Zürich den Kaderangehörigen der ETH Zürich und der vier Forschungsanstalten PSI, EMPA, Eawag und WSL zugestellt. Per November konnte so die Mitgliederzahl der VKB-Sektion Zürich wiederum leicht auf insgesamt 782 (Vorjahr 753) Mitglieder erhöht werden.

3.2 Sektion militärische Berufskader

Arbeitsumfeld des militärischen Berufskaders

Das Jahr 2014 wird als kritisches Jahr in Erinnerung bleiben. Die Schweizerinnen und Schweizer haben leider die Notwendigkeit nicht klar anerkannt, den veralteten Tiger durch den modernen und den Bedürfnissen der Schweizer Armee entsprechenden Gripen zu ersetzen. Der unglückliche Zeitpunkt für diese Abstimmung ist nicht die einzige Erklärung dafür. Ein realistisches und verständliches Bedrohungsbild hat gefehlt, und fehlt übrigens immer noch. Es ist sehr zu hoffen,

dass dieser Entscheid nicht den Beginn einer negativen Spirale bildet. Dies würde die Weiterentwicklung der Armee (WEA) in Frage stellen. Die dazu gehörenden Massnahmen sind richtig und erlauben der Armee, ihren verfassungsmässigen Auftrag jetzt und in der Zukunft zu erfüllen. Trotz dieser Unsicherheit wurde durch die militärischen Berufskader tagtäglich eine hervorragende Arbeit geleistet. Alle Ehemaligen unter ihnen dürfen stolz sein darauf, was sie geleistet haben. Und sie haben dankbar zu sein gegenüber den Aktiven, die in einem schwierigeren Umfeld als früher ihre Leistung mindestens ebenso gut wie ihre Vorgänger erbringen.

Geschäfte des Vorstandes 2014/15

Der Vorstand hat im letzten Geschäftsjahr drei Sitzungen durchgeführt. Die Geschäftsleitung widmete sich alternierend mit dem Vorstand an zwei Sitzungen den anfallenden Geschäften. Das Geschäftsjahr 2014/15 verlief geordnet. Unsere Sektion hatte die Gelegenheit, zur Verordnung des VBS über das militärische Personal Stellung zu nehmen. Sie ist ferner zu zwei Informationsanlässen auf Stufe Departementsbereich Verteidigung eingeladen worden. Ebenfalls wurde sie zu zwei Treffen des Chefs der Armee mit Milizorganisationen eingeladen. Der Präsident oder der Vizepräsident haben diesen Einladungen Folge geleistet. Eine Delegation des Vorstandes hat auf Einladung des Chefs der Armee die AIR14 in Payerne besucht.

Einen Höhepunkt bildete die Generalversammlung vom 28. März. Nach 8 Jahren als Präsident wurde Div aD Waldemar Eymann mit grossem Dank für die geleistete Arbeit verabschiedet. Als Nachfolger wurde Div aD Daniel Roubaty gewählt. Der Generalversammlung wurden drei interessante Referate vorgetragen: Divisionär Hans-Peter Walser sprach über die Weiterentwicklung der Armee, Frau Brigadier Germaine Seewer über Probleme im Bereich Personelles der Armee und Brigadier Peter Zahler über die Beschaffung des Gripen.

Bestandesentwicklung der Sektion

Im Geschäftsjahr sank der Bestand unserer Sektion von 606 Mitgliedern auf 600. Bei den Aktiven verminderte sich der Bestand von 378 auf 369 Mitglieder. Bei den Pensionierten erhöhte er sich von 228 auf 231. Dies zeigt eine erfreuliche Stabilität sowie eine echte Treue zu unserer Sektion. Trotz allem wird sich der Vorstand bemühen, junge militärische Berufskader zu überzeugen, Mitglied unserer Sektion zu werden.

Ausblick

Mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen wir die Behandlung der Botschaft des Bundesrates über die Weiterentwicklung der Armee in den beiden Kammern der Eidg. Räte.

Abschliessend dankt der neue Präsident seinem Vorstand für die geleistete Arbeit und den Mitgliedern für die Unterstützung. In unseren Dank schliessen wir auch die gute Zusammenarbeit des Zentralvorstandes der VKB, mit ihrem Präsidenten Peter Büttiker, für die Belange unseres militärischen Berufskaders ein.

3.3 Sektion Vereinigung der Instruktoressen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (VIBABS)

Rückblick

Mit der Pensionierung des Direktors im Juli 2014 ging eine Ära zu Ende, welche durch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Direktion und Vorstand geprägt war. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sie auch mit dem neuen Direktor Benno Bühlmann weitergeführt werden kann.

Das Jahr 2014 stand im Zeichen grosser Veränderungen. Die Mitarbeitenden des Geschäftsbereichs Ausbildung, in welchem die grosse Mehrheit der Mitglieder arbeitet, erleben momentan, was bei Reorganisationen als «Change-Management» bezeichnet wird. Parallel zu einer organisatorischen und personellen Umstrukturierung wurde in Schwarzenburg die erste Bauetappe realisiert. Bis Ende 2016 werden zwei weitere Bauetappen folgen, damit der Geschäftsbereich per 1. Januar 2017 am neuen Arbeitsort im Eidg. Ausbildungszentrum Schwarzenburg die Büroinfrastruktur beziehen kann.

Veränderungen waren und sind stets mit «Reibungsverlusten» verbunden. Bedingt durch die Reorganisation wurden die beruflichen Perspektiven, vor allem für jüngere Instruktoressen, weiter eingeschränkt. Folge davon ist, neben Abgängen durch Pensionierung, eine höhere Fluktuation unter den Mitarbeitenden. Der Vorstand rechnet damit, dass sich diese Entwicklung bis zum Umzug nach Schwarzenburg fortsetzen und eventuell noch verschärfen könnte. Festsustellen sind schon heute ein Verlust an Knowhow und deutliche Mehrkosten beim Personal für Rekrutierung und Ausbildung. Der Vorstand will sich dafür einsetzen, dass entsprechende «flankierende Massnahmen» ergriffen werden, um dieser Entwicklung zu begegnen.

Laufende Geschäfte und Aktivitäten

Auch 2014 wurden zwei VIBABS-Infoanlässe durchgeführt, an denen Referenten über das Wissensmanagement und die Weiterentwicklung der Armee orientierten. Für das Jahr 2015 sind drei weitere Anlässe geplant.

Die laufenden Geschäfte und Aktivitäten sind vorwiegend durch den erwähnten Veränderungsprozess geprägt, welchem auch der Vorstand seine volle Aufmerksamkeit schenkt. So wurde von uns eine Mitarbeiterumfrage lanciert, deren Resultate inzwischen auch der Geschäftsleitung des Amtes vorliegen. Auf diese Weise konnten Anliegen und Verbesserungsvorschläge auf direktem Weg eingebracht werden. Die Rückmeldungen seitens der verantwortlichen Stellen sind positiv: die Anliegen der Mitarbeitenden wurden aufgenommen und werden geprüft.

Neu lanciert der Vorstand einen vierteljährlichen VIBABS-Stammtisch, der den Zusammenhalt unter den Mitgliedern stärken und ihnen die Chance bieten soll, Anliegen an den Vorstand heranzutragen und durch diesen weiterleiten zu können.

3.4 Sektion Grenzwachtoffiziere

Der Vorstand der Sektion hat an seinen periodischen Sitzungen folgende Geschäfte behandelt:

Generalversammlung 2014

Die 58. Generalversammlung der Sektion fand am 10. Oktober in Zürich-Kloten statt. Nach dem ordentlichen Teil präsentierte der Geschäftsführer der REGA diese moderne Organisation und referierte über Firmenphilosophie und Mitarbeiterführung. Nach dem Mittagessen fand eine interessante Führung durch die Räumlichkeiten der REGA statt.

Neuer Präsident

An der Generalversammlung trat der Präsident Hans-Rudolf Vogel nach vier Jahren zurück. Neu wurde Claude Guélat gewählt. Hptm Guélat ist Einsatzoffizier der Grenzwache Region V, Lausanne.

Neue Mitglieder

Die neu gewählten Offiziere konnten als Mitglieder gewonnen werden. Damit sind zurzeit 44 aktive und 16 passive Mitglieder bei der Offiziersvereinigung der Grenzwache eingetragen.

Vorruhestand

Der Vorruhestand, der im letzten Jahr neu geregelt worden ist, hat uns weiterhin beschäftigt. So wurde den Einsatzoffizieren die Vertrauensarbeitszeit gestrichen, obwohl der Oberzolldirektor, der Chef GWK und die VKB beim Personalamt eine Beibehaltung beantragt hatten. Das Personalamt stellt sich auf den Standpunkt, dass bei Personen, die in den Vorruhestand treten können, keine Vertrauensarbeitszeit zulässig sei.

Vernehmlassungen

Über das ganze Jahr hinweg werden wir über verschiedene Personalgeschäfte orientiert und können uns dazu äussern. Unsere Standpunkte werden bei der Beschlussfassung berücksichtigt.

Beziehungen zur Direktion und zum Chef des Grenzwachtkorps

Die Beziehungen zu den Entscheidungsträgern in unserer Verwaltung sind gut. Wir sind uns bewusst, dass wir über einen privilegierten Zugang zu ihnen verfügen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dies so bleibt, und dass die Beziehungen von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt bleiben.

Finanzen

In diesem Jahr konnte ein positiver Rechnungsabschluss präsentiert werden. Die Finanzen der Sektion sind gesund.

3.5 Sektion ETH Lausanne

Organisation

Der Vorstand setzte sich 2014 wie folgt zusammen: Consuelo Antille (Präsidentin), Verwalterin der Fakultät ENAC; Stephan Morgenthaler (Vizepräsident), Dekan für internationale Beziehungen und Professor für Mathematik; Ludger Weber, Lehrbeauftragter und Oberassistent am Laboratorium für Metallurgie; Robert Dalang, Professor für Mathematik; Jérôme Chenal, Architekt und Urbanist, Direktor der Studiengemeinschaft für Raumplanung; Boris Beaudé, Geograph.

Die Präsidentin fungiert auch als Vizepräsidentin der Hochschulversammlung EPFL, als Mitglied der Beschwerdekommision ETH und als Mitglied der Delegiertenversammlung der Pensionskasse PUBLICA. Sie wirkt in der Arbeitsgruppe GT-ADMIN (Verbesserung der Verwaltungsabläufe an der ETH-L) und als Beisitzerin im Arbeitsgericht Lausanne mit. Ludger Weber präsidiert auch die Vereinigung des akademischen Mittelbaues an der ETHL (ACIDE), und Robert Dalang ist Mitglied des

paritätischen Organs des Vorsorgewerks ETH-Bereich. Unser früherer Präsident, Prof. Philippe Thalman, ist Mitglied der Kassenkommission PUBLICA, und unser früheres Vorstandsmitglied Xavier Llobet ist Mitglied des paritätischen Organs des Vorsorgewerks ETH-Bereich.

Die VKB wirkt aktiv in verschiedenen Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen mit.

Der Mitgliederbestand stagniert. Die Gewinnung neuer Mitglieder erweist sich als immer schwieriger. Das hängt auch mit der Politik der Befristung von Anstellungsverhältnissen zusammen, die einem Engagement in Personalverbänden abträglich ist. Die Sektion zählt 113 Mitglieder. Die Präsidentin nahm an sechs Veranstaltungen teil, an denen sich die Personalverbände neuen Mitarbeitenden der ETHL vorstellen konnten.

Tätigkeiten im Jahre 2014

Der Vorstand hielt sechs Sitzungen ab und nahm Stellung zu drei wichtigen Projekten: Evaluation des Neuen Lohnsystems (NSS), strategische Planung 2017-2020 und Revision der Verordnung über die Organisation der ETH Lausanne.

Die Präsidentin nahm an vier Sitzungen des Zentralvorstandes der VKB in Bern teil und an zwei Lohnverhandlungen mit dem ETH-Rat in Bern. Ludger Weber vertrat die Sektion an einer Sitzung des Zentralvorstandes und Robert Dalang beteiligte sich an einem Meinungsaustausch mit dem Präsidenten des ETH-Rates über die Senkung des technischen Zinssatzes bei der Pensionskasse PUBLICA.

Der Vorstand führte erneut eine Aussprache mit dem Vizepräsident der ETHL für Infrastruktur und Personal, André Schneider, durch. Es ging um die immer zahlreicheren Fälle von Lehrbeauftragten, denen beim Rücktritt des Professors und Direktor des Laboratoriums gekündigt wird, obwohl sie über einen unbefristeten Arbeitsvertrag verfügen. Ihre Stellung ist immer noch nicht geklärt und jede Fakultät sucht eine eigene Lösung. Die Schulleitung hat Mühe, allgemein gültige Regeln zu erlassen. Die Lehrbeauftragten stellen einen grossen Teil des Unterrichts an der Hochschule sicher. Der Vorstand wird dieses Thema weiter verfolgen.

Generalversammlung vom 7. März 2014

In diesem Jahr fanden keine Wahlen statt. An der öffentlichen Sitzung referierte Albert Meyer, Verantwortlicher für Entlohnung und berufliche Vorsorge an der ETHL und Vizepräsident des paritätischen Organs des Vorsorgewerks ETH-Bereich, über PUBLICA: Senkung des technischen Zinssatzes auf 2015 und Begleitmassnahmen.

3.6 Geschäftsbereich Senioren

Die zahlreichen positiven Rückmeldungen und die zunehmenden Besucherzahlen bestätigen, dass die Seniorinnen und Senioren wiederum auf ein vielseitiges und interessantes Jahr zurückblicken dürfen. Mitglieder, welche die Programmausgestaltung unterstützt haben, ermöglichten interessante Einblicke in unterschiedlichste Organisationen. An dieser Stelle sei allen für ihre Mitarbeit herzlich gedankt.

Es wurden 9 Anlässe zu unterschiedlichen Themen angeboten. Aufgrund der grossen Nachfrage konnten insgesamt 20 Veranstaltungen durchgeführt werden. Total haben 815 Seniorinnen und Senioren an unseren Anlässen teilgenommen (2013: 780).

Folgende Anlässe wurden 2014 durchgeführt:

Februar – Mai: *Stiftsbibliothek St. Gallen*

5 Besichtigungen / 125 Personen

Dr. phil. Willi Treichler, Seniorenmitglied

März / April: *Nationale Alarmzentrale Zürich*

3 Besichtigungen / 75 Personen

Oberst aD Marc Chappatte, Seniorenmitglied

März / Juli: *Skyguide Dübendorf*

2 Besichtigungen / 80 Personen

Daniel Ruhier, Seniorenmitglied

Mai – Juli: *Schloss Prangins VD*

4 (davon eine Doppelführung) Besichtigungen / 125 Personen

Frau Nicole Minder, Direktorin Schloss Prangins, Aktivmitglied

Juni: *Bundeshaus Bern*

1 Besichtigung / 50 Personen

Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Aktivmitglied

September: *AIR14 Payerne*

1 Besichtigung / 130 Personen

Daniel Ruhier, Seniorenmitglied

Oktober: *RUAG Emmen*

2 Besichtigungen / 100 Personen

Daniel Ruhier, Seniorenmitglied

Oktober: *UNO Genf*

1 Besichtigung / 90 Personen

Botschafter Alexander Fasel, Chef Schweizer Mission UNO

Oktober: *Mercedes Werke Stuttgart/Sindelfingen/D*

1 Besichtigung / 40 Personen

Oberst i Gst aD Max Peter, Seniorenmitglied.

4. Mitgliederversammlung, Zentralvorstand und Administration

4.1 Mitgliederversammlung 2014 der VKB

Die 65. Mitgliederversammlung der VKB fand am 7. Mai 2014 im Hotel Bellevue-Palace in Bern statt. Zentralpräsident Peter Büttiker konnte 109 Mitglieder und Gäste willkommen heissen. Sein besonderer Gruss galt dem Referenten Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee. Er referierte über Risiken und Bedrohungen, die Weiterentwicklung der Armee und die Gripen-Beschaffung.

Der Geschäftsbericht 2013 wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt.

Zentralkassier Richard Zollinger erläuterte die Jahresrechnung 2013, die mit einem Überschuss von Fr. 20'463 abschloss. Nach Präsentation des Revisorenberichtes wurde die Jahresrechnung 2013 genehmigt. Der Voranschlag 2014 sah Einnahmen von Fr. 325'200 und Ausgaben von Fr. 311'200 (Überschuss von Fr. 14'000) vor. Er wurde ohne Diskussion genehmigt.

Der Vorschlag des Zentralvorstandes auf Beibehaltung des Mitgliederbeitrages von Fr. 70 für Aktive und von Fr. 35 für Pensionierte wurde diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Zentralpräsident Peter Büttiker und die Mitglieder des Zentralvorstandes wurden in globo mit Akklamation für die Amtsperiode 2014-2016 wiedergewählt.

Die demissionierenden Mitglieder des Zentralvorstandes – Heinz Wandfluh und Waldemar Eymann, Div aD, Sektion militärische Berufskader, – wurden mit Dank und Applaus verabschiedet.

An ihrer Stelle wurden folgende Personen in den Zentralvorstand gewählt:

Daniel Roubaty, Div aD, Sektion militärische Berufskader

Hans Wipfli, Dr.iur., VBS, Armeestab

Hans-Jörg Lehmann, dipl. Ing.agr. ETH, WBF/Bundesamt für Landwirtschaft.

Die bisherigen Rechnungsprüfenden wurden wiedergewählt: Susanne Aebischer, Bundesamt für Gesundheit, und Markus Stöckli, Eidg. Finanzverwaltung.

Nach Genehmigung des Tätigkeitsprogramms 2014 konnte der Zentralpräsident um 18.45 Uhr den statutarischen Teil der Mitgliederversammlung der VKB schliessen und zum traditionellen Apéro einladen.

4.2 Zentralvorstand, Geschäftsleitung und Administration

Der Zentralvorstand wurde an fünf Sitzungen durch die Geschäftsleitung und die Vertreterinnen und die Vertreter der Sektionen über die wichtigsten laufenden Geschäfte orientiert. Die Sachgeschäfte mit Mitwirkung der VKB werden unter Ziffer 2 in diesem Bericht erwähnt.

Die Geschäftsleitung tagte wie üblich im 2-Wochen-Rhythmus zur Behandlung der laufenden Geschäfte. Die Mitglieder der Geschäftsleitung VKB nahmen an zahlreichen Anlässen teil, an welchen sie als Verhandlungspartner oder als Informationsempfänger auftraten. Die Kontaktpflege und die Verbindung mit den Sektionen erfolgten im bisherigen Rahmen.

Über das aktuelle Geschehen wird in den VKB-Mitteilungen sowie laufend auf der Homepage der VKB www.vkb-acc.ch informiert.

Die Zahl der bei der Geschäftsleitung in individuellen Angelegenheiten aus ihrem Arbeitsverhältnis Rat suchenden Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen. Die Gründe sind in den meisten Fällen Restrukturierungsprojekte in der Organisation der Bundesverwaltung, Leistungsbeurteilungen, Arbeitszeitmodelle, Arbeitsverträge, Trennungsvereinbarungen und zunehmend Burnout-Fälle.

Wie in den vergangenen Jahren unterstützte uns Pierre Savary in grossem Masse stets verlässlich als Französisch-Übersetzer der VKB-Mitteilungen, der Werbeunterlagen und der kurzfristig anfallenden Aufträge.

Mitgliederbestand

Bestand am 1. Januar 2014	3'852, davon 1'510 Pensionierte
Bestand Ende 2014	3'890, davon 1'528 Pensionierte.

5. Finanzen

Jahresrechnung 2014 mit Voranschlag 2015

R 2014**V 2015**

Einnahmen

Mitgliederbeiträge	220'252.25	220'000.00
Dienstleistungsertrag	98'506.20	100'000.00
Zinsertrag	107.00	100.00
<i>Summe Einnahmen</i>	<i>318'865.45</i>	<i>320'100.00</i>

Ausgaben

Personalaufwand	114'585.95	120'000.00
Rechtsschutz	34'650.00	40'000.00
Mitgliederversammlung	10'796.00	11'000.00
Sitzungen GL + ZV	3'538.00	4'000.00
Sektion Lausanne	2'721.00	3'500.00
Sektion Zürich	9'285.25	7'500.00
Senioren	11'105.80	13'000.00
Beziehungen Inland	0.00	500.00
Beziehungen Ausland	1'905.95	2'000.00
Callcenter	1'110.50	1'500.00
Büromaterial, Drucksachen, Kopien	3'203.30	4'000.00
Bürraum, Geräte, Mobiliar	10'500.00	10'500.00
Kommunikationskosten	1'509.85	1'200.00
Porti	16'194.65	16'500.00
Buchhaltungskosten & Revision	3'326.80	3'500.00
Werbung	5'117.40	20'000.00
VKB-Mitteilungen (Druckkosten)	45'234.15	55'000.00
Reisekosten	8'815.15	8'000.00
Repräsentationskosten, Spesen	62.30	100.00
Verschiedene Ausgaben	0.00	1'000.00
Steuern	1'407.50	2'300.00
Ausserordentlicher Aufwand		
<i>Summe Ausgaben</i>	<i>285'069.55</i>	<i>325'100.00</i>

Aktiven per 31. Dezember 2014

PostFinance	53'551.10
Berner Kantonalbank	143'190.34
Flüssige Mittel	196'741.44

Guthaben Verrechnungssteuer	77.10	
Transitorische Aktiven	54'217.80	
Summe Aktiven	251'036.34	
<i>Passiven per 31. Dezember 2014</i>		
Kreditoren	16'129.10	
Transitorische Passiven	6'200.00	
Gewinnvortrag Vorjahr	20'463.36	
Eigenkapital	174'447.98	
Summe Passiven	217'240.44	
Einnahmenüberschuss (Budgetiert 14'000.00)	33'795.90	- 5'000.00

6. Dienstleistungen

Die VKB bietet ihren Mitgliedern seit vielen Jahren mit grossem Erfolg einige Dienstleistungen an: Kreditkarten, Krankenkasse, Versicherungen, Zugang zu Hypotheken und neu Automobile (Mercedes-Benz / smart).

Krankenkasse KPT

Die VKB hat mit der KPT Versicherungen AG (KPT) einen Kollektivvertrag abgeschlossen. Über 3700 VKB-Mitglieder, deren Familienangehörige eingeschlossen, sind bis heute dem Kollektivvertrag beigetreten. Viele Neumitglieder der VKB haben an dieser Dienstleistung Interesse.

Allen Mitgliedern, die noch nicht bei der KPT versichert sind, empfehlen wir, eine Offerte der KPT einzuholen. Hinweise dazu stehen in jeder VKB-Mitteilung.

Versicherungen bei der «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft

Wir arbeiten seit über fünfzehn Jahren mit der «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft («Zürich Connect») erfolgreich zusammen. Unser Angebot umfasst die Bereiche Motorfahrzeug (Auto und Motorrad, Assistance), Hausrat, Gebäude und Privathaftpflicht. Bei den Versicherungen für Motorfahrzeuge bestehen rund 800 Policen, bei der Hausrat-, Gebäude- und Privathaftpflichtversicherung sind es über 250 Policen. Die Gesamtzahl an Versicherungspolicen liegt bei über 1'000.

Wer unser Angebot noch nie geprüft hat, dem empfehlen wir, dieses einmal unverbindlich zu tun. In sehr vielen Fällen dürften unsere Mitglieder unter Berücksichtigung der Leistungen vom Angebot positiv überrascht sein. Hinweise finden sich auf unserer Homepage (www.vkb-acc.ch) oder in den VKB-Mitteilungen.

Versicherungen bei der AXA-ARAG AG

Rechtsschutzversicherungen im Privatbereich (Privat-Rechtsschutz, Verkehrsrechtsschutz, Reise-Rechtsschutz) zu günstigen Bedingungen bietet seit dem 1. Januar 2012 auch die AXA-ARAG an. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter office@vkb-acc.ch angefordert werden.

Rechtsschutz im Arbeitsrecht

Die aktiven Mitglieder der VKB sind für den Fall von Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (Arbeitsrecht, Versicherungsrecht) obligatorisch versichert. Die Rechtsschutzversicherung übernimmt die Honorare von Anwälten, die Kosten von Gutachten, die Kosten des Gerichts und Prozessentschädigungen an die Gegenpartei. Diese Versicherung ist also eine Prozesskostenversicherung. Die Prämie ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Massgebend ist das Reglement des Zentralvorstandes vom 21. Februar 2011 betreffend die Rechtsberatung und die Rechtsschutzversicherung der VKB, welches auf unserer Homepage zu finden ist (www.vkb-acc.ch; Ihre Vorteile). Gesuche um Rechtsberatung und Rechtsschutz sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Mitglieder, die den Rechtsschutz der VKB beanspruchen wollen, dürfen nicht einem Anwalt direkt ein Mandat erteilen. Sie dürfen auch nicht direkt an die Rechtsschutzversicherung gelangen.

Zugang zu Hypotheken

Seit dem Verkauf des Hypothekengeschäfts der PUBLICA an die Berner Kantonalbank bieten wir Zugang zu günstigen Hypotheken für Versicherte und Rentenbeziehende der PUBLICA an. Näheres findet sich auf unserer Homepage unter den Links (www.vkb-acc.ch).

Mercedes-Benz

Seit dem 1. Juli 2014 haben wir eine Vereinbarung mit Mercedes-Benz Schweiz AG zum verbilligten Kauf von Neuwagen abgeschlossen. Genaueres dazu findet sich auf unserer Homepage (www.vkb-acc.ch). Das Angebot ist bei unseren Mitgliedern auf reges Interesse gestossen.

7. Werbung

Normalerweise führen wir alle zwei Jahre eine grosse Werbeaktion durch. Die Letzte fand 2013 statt.

8. Internationale Tätigkeit: Conférence Européenne des Syndicats indépendants (CESI)

An die CESI-Fachtagung der Akademie Europa in Brüssel «Steuersysteme in Europa: Die Steuerverwaltungen im Zentrum der Krise» vom 9.-10. Oktober 2014 wurde ein Geschäftsleitungsmitglied delegiert.

Die VKB in Stichworten

Zweck und Wirken

Die 1948 gegründete Vereinigung der Kader des Bundes bezweckt die Wahrung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, die Förderung der Zusammenarbeit und die Pflege des persönlichen Kontaktes. Dazu bietet sie ihren Mitgliedern günstige Dienstleistungen.

Die VKB ist eine freie und unabhängige Interessengemeinschaft der Führungs- und Fachkader und nimmt an allen offiziellen Verhandlungen über personalpolitische Fragen mit dem Bundesrat, dem Finanzdepartement, dem Personalamt und der PUBLICA sowie der ETH teil.

Organisationsbereich

Führungs- und Fachkader (ab Lohnklasse 18 des Bundes) und des ETH-Bereichs (ab FS 8). Unter vergleichbaren Voraussetzungen Personen, die bei einer Unternehmung mit Beteiligung des Bundes (z.B. SBB, Die Post und Swisscom AG) arbeiten.

Struktur, Mitgliederzahl

Innerhalb der Vereinigung bilden die Mitglieder aus dem Raum Zürich / Ostschweiz, die Mitarbeitenden der Ecole polytechnique fédérale in Lausanne, die Militärischen Berufskader, die Offiziere des Grenzwachtkorps und die Instruktooren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz eigene Sektionen.

Mitgliederzahl: rund 4'000.

Die VKB ist eine Milizorganisation; Geschäftsleitung und Zentralvorstand arbeiten nebenamtlich. Sie werden durch die Geschäftsstelle unterstützt.

Mitgliederinformation

– laufend im Internet www.vkb-acc.ch unter dem Menu «Aktuelles»

- vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache erscheinendes Heft «VKB-Mitteilungen»
- Mitgliederversammlung
- Veranstaltungen der Sektionen.

Nebenleistungen

- Rechtsschutzversicherung (Arbeitsrecht) für alle aktiven Mitglieder der VKB. Massgebend ist das Reglement 2011 des Zentralvorstandes: [www.vkb-acc.ch/Ihre Vorteile](http://www.vkb-acc.ch/IhreVorteile), Ziff.1.2
- vergünstigte Prämien auf den Zusatzversicherungen der Krankenkasse KPT (Beitritt oder Übertritt bis zum 70. Altersjahr). Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter office@vkb-acc.ch angefordert werden. Neueintretende Mitglieder erhalten dieses mit den Eintrittsunterlagen.
- Vorzugsbedingungen bei Zurich Connect , dem Verkaufskanal der «Zürich» Versicherungsgesellschaft in den Bereichen der Motorfahrzeug- sowie Hausrat- und Privathaftpflicht-Versicherungen.
Auskünfte: Tel. 0848 807 810, Mo – Fr 08.00 – 20.00 Uhr.
- Rechtsschutzversicherungen im Privatbereich bei AXA-ARAG zu günstigen Bedingungen. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter office@vkb-acc.ch angefordert werden.
- UBS Kreditkarten VISA und MASTERCARD zu Vorzugsbedingungen. Das Antragsformular kann schriftlich bei VKB-ACC, Postfach, 3000 Bern 7 oder per E-Mail unter office@vkb-acc.ch angefordert werden.
- Zugang zu günstigen Hypotheken in der ganzen Schweiz für Versicherte und Rentenbeziehende der PUBLICA über money-net, die onlinebank der Berner Kantonalbank: www.money-net.ch/publica
- Spezialrabatt auf Mercedes-Neuwagen von bis zu 13 Prozent . Alle offiziellen Mercedes-Benz – Händler der Schweiz gewähren den Rabatt gegen Vorweisen des von der VKB rechtsgültig unterzeichneten Bestätigungsformulars. Dieses Formular kann bei der VKB bestellt werden: office@vkb-acc.ch oder schriftlich bei VKB, Postfach, 3000 Bern 7. Das Fahrzeug muss im Namen des Mitglieds fakturiert und während mindestens 6 Monaten immatrikuliert werden.

Jahresbeitrag

Aktive Fr. 70.–. Pensionierte Fr. 35.–.

Meldung von Mutationen, Bestellung von Werbeunterlagen

- Mutationen (Eintritt, Adressänderung, Pensionierung, Austritt) bitte rechtzeitig der Geschäftsstelle melden (Adresse siehe Seite 4).

Austritt aus der VKB: Bitte beachten Sie, dass der Austritt aus der VKB auch den Wegfall von Dienstleistungen und den damit verbundenen Vergünstigungen/Rabatten (z.B. KPT, Zurich Connect) zur Folge hat.

- Unterlagen für die Werbung neuer Mitglieder schickt die Geschäftsstelle direkt an die von Ihnen angegebene Adresse.

Kontakt zur VKB: siehe Seite 4

Zurich Connect

Marderschäden lassen sich verhindern

Egal welche Automarke – der Marder hat sie alle zum Fressen gern. Auf den Kabelbiss folgt meist eine kostspielige Reparatur. Wer aber gut versichert ist, kann gelassen den Pannendienst rufen.

Die Wanderausrüstung ist gepackt, die Kinder unruhig und die Familie macht sich auf zum langersehnten Wochenendausflug. Dumm nur, dass das Auto keinen Wank tut – Marderschaden! Wenn der Marder zuschlägt und mit seinen spitzen Zähnen Kabel und Schläuche durchbeisst, geht oft gar nichts mehr. Zuoberst auf dem Speiseplan der pelzigen Zeitgenossen stehen Zündkabel, Kunststoffschläuche oder Lenkungsmanschetten. Doch wer zahlt die Zeche für die Reparatur und den Abschleppdienst?

Teilkasko deckt selbst Ersatzwagen

Die anfallenden Reparaturkosten für den Marderschaden übernimmt in aller Regel die Versicherung ohne Selbstbehalt, sofern man über eine Teilkasko verfügt. Meist sind auch die durch Marderbiss entstandenen Folgeschäden am Fahrzeug versichert sowie das Abschleppen des beschädigten Fahrzeugs bis in die nächstgelegene Werkstatt. In Regionen mit hohen Marderpulationen ist der Abschluss einer Teilkasko durchaus eine Überlegung wert.

Im Frühjahr steigt der Appetit

Marder sind wie Kleinkinder oder junge Hunde. Sie ertasten ihre Umwelt durch Beissen. Hinzu kommt ihr ureigener Spieltrieb. Insbesondere während der Paarungszeit im Frühjahr reagieren Marder auf Duftspuren von Artgenossen aggressiv. Aber auch bei tiefen Temperaturen ist der Motorraum nicht vor den Zähnen der schlaun Tierchen gefeit – denn Marder kennen keinen Winterschlaf.

Ein Blick unter die Haube bringt

Um frühzeitig einzugreifen lohnt sich ein Gespräch mit der Nachbarschaft. Denn sind in der Gegend Marderschäden aufgetreten, gilt es genauer hinzuschauen. Insbesondere Autos, die nachts an unterschiedlichen Standorten parkieren, sind überdurchschnittlich von Marderbiss betroffen. Schutz bietet einerseits das regelmässige Waschen des Motors, um die Duftmarken der Marder zu entfernen. Echtes Schutz gegen Marderbiss bietet einzig eine Elektroschockanlage, die hungrige Marder in die Flucht schlägt.



Zurich Connect – einfach online abschliessen!

Im Internet finden Sie unter www.zurichconnect.ch/partnerfirmen alle Informationen zu den Angeboten von Zurich Connect. Hier können Sie Ihre individuelle Prämie berechnen und Ihre persönliche Offerte erstellen. Dafür benötigen Sie folgendes Login:

ID: vkb-acc

Passwort: cadres

Oder Sie verlangen über die für VKB-Mitglieder exklusive Telefonnummer 0848 807 810 eine unverbindliche Offerte.